

# Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Donnerstag, 26. Oktober 2017 - Nr. 249/43 R1

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, JÜRGEN KAUBE, BERTHOLD KOHLER, HOLGER SELTZNER

2.80 € 2955 A F.A.Z. im Internet: faz.net

## Puigdemont fährt nicht nach Madrid

hcr. MADRID, 25. Oktober. Der katalanische Regionalpräsident Carles Puigdemont wird nicht von dem spanischen Senat in Madrid sprechen. Puigdemont habe eine entsprechende Einladung ausgeschlagen, sagte ein Sprecher der Regionalregierung am Mittwoch. Er begründete seine Absage damit, dass die Madrider Regierung bereits ihre Absicht erklärt habe, die Regierungsgewalt in Katalonien zu übernehmen, um den Unabhängigkeitsbestrebungen in Katalonien zu begegnen. Der Senat wird voraussichtlich am Freitag den Weg für die Entmachtung von Puigdemonts Regierung frei machen. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse gilt die Zustimmung des Senats zur Aktivierung des Artikels 155 als sicher. Das katalanische Regionalparlament in Barcelona soll am Donnerstagmittag zusammentreten, ein Beschluss zum Artikel 155 wird aber wohl erst am Freitag fallen. Es wird nicht ausgeschlossen, dass das Parlament dann eine Unabhängigkeitserklärung beschließt. Rajoy äußerte am Mittwoch, dass er Neuwahlen für den einzigen Ausweg aus der politischen Krise in Katalonien halte. Er warf Puigdemont vor, sich jedem Dialog zu verweigern. Die secessionistische Organisation ANC rief für Donnerstag und Freitag zu Großkundgebungen in Barcelona auf. (Siehe Seite 2.)



In erster Mission: Frank-Walter Steinmeier bei einer Zeremonie am Grab des Unbekannten Soldaten in Moskau

## Heute

### Der unheilige Nikolaus

Ein neuer Film zeigt den letzten russischen Zaren als Liebhaber. Das gefällt bei Gott nicht allen in Russland. **Feuilleton, Seite 11**

### Hamburger Härte

In der Hansestadt ist die Polizei unterbesetzt und überarbeitet. Hat die Politik beim Thema Sicherheit gespart? **Politik, Seite 3**

### Weiblich, jung, poetisch

Darmstadt im Herzen, Europa im Blick: Wohin steuert die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung? **Feuilleton, Seite 11**

### Die Allmächtigen

In China könnte die Kommunistische Partei bald alle bestimmen – sogar, wo ausländische Konzerne investieren. **Wirtschaft, Seite 17**

### Geschichtsgesamtheit

Diesmal Anne Frank: Immer wieder empören die Ultras von Lazio Rom mit antisemitischen Aktionen. **Sport, Seite 27**

### Rückkehr der Fanatiker

Der „Islamische Staat“ zerfällt, und die ersten Kämpfer kehren zurück. Die Sicherheitsbehörden sind alarmiert. **Rhein-Main-Zeitung, Seite 29**

### Briefe an die Herausgeber

### Fats Domino gestorben

F.A.Z. FRANKFURT, 25. Oktober. Fats Domino, einer der Gründerväter der klavierbetriebenen Rock- und Bluesmusik, ist im Alter von nicht ganz neunzig Jahren gestorben. Er war das Rollenmodell von Jerry Lee Lewis, Little Richard und Elton John, wurde von den Beatles mit „Lady Madonna“ geehrt und hatte Hits wie „Blueberry Hill“ und „I’m Walking to New Orleans“. Dort überlebte er im Jahr 2004 den Hurrikan Katrina genauso wie unzählige Moden und Interpreten der Rockmusik.

## Steinmeier: Wir müssen der Entfremdung etwas entgegensetzen

Bundespräsident trifft Putin in Moskau / Evangelisch-Lutherische Kirche zurückgegeben

mwe. MOSKAU, 25. Oktober. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und der russische Präsident Wladimir Putin haben ihr Treffen im Kremel am Mittwochabend sehr unterschiedlich bewertet. Während Putin nach dem drei Stunden dauernden Gespräch den Eindruck erweckte, dass die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland insbesondere auf dem Gebiet der Wirtschaft auf einem guten Weg seien und sich verbesserten, schlug Steinmeier einen deutlich kritischeren Ton an. „Wir können die Entfremdung zwischen unseren Ländern nicht ungeschehen machen, aber jetzt braucht es Berechenbarkeit und den Aufbau eines Minimums an Vertrauen“, sagte der Bundespräsident. Man müsse der Entfremdung zwischen den beiden Ländern etwas entgegensetzen. Doch gebe es weiter offene Wunden und Belastungen in den Beziehungen, vor allem wegen der Annexion

der Krim und des Konflikts in der Ostukraine. Auch über das Schicksal des Regisseurs Kirill Serebrennikow, der unter Hausarrest steht, sprach Steinmeier unter vier Augen mit Putin. Der Bundespräsident hatte vor dem Besuch klargestellt, dass er ohne Illusionen in das Gespräch mit Putin gehe. Doch wolle er erkunden, wie der russische Präsident sich in Zukunft das Verhältnis seines Landes zu Deutschland und Europa vorstelle. Zunächst sprachen die Präsidenten mehr als anderthalb Stunden im kleinen Kreis, danach zwanzig Minuten unter vier Augen. Danach folgte ein einstündiges Gespräch beim Abendessen in größerem Kreis. Am Mittag hatte der Bundespräsident an einer Zeremonie in der St.-Peter-und-Paul-Kathedrale teilgenommen, bei der das Gotteshaus, das zu Stalins Zeiten enteignet worden war, der Evangelisch-Lu-

therischen Gemeinde in Russland zurückgegeben wurde. Dabei dankte er Putin für die „schöne Geste im Jahr des Reformationsjubiläums“. Steinmeier hatte sich noch als Außenminister zusammen mit dem Vorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Heinrich Bedford-Strohm, für die Rückgabe der Kirche anlässlich des Reformationsjubiläums starkgemacht und seine Reise zum jetzigen Zeitpunkt mit diesem Anlass verbunden. Nach längerem Schweigen hatte der Kremel vor einem Monat in die Rückgabe eingewilligt. Der Bundespräsident hatte am Mittwochmorgen zunächst die Gesellschaft Memorial besucht, die sich der Aufarbeitung der Verfolgung unter Stalin widmet. Er traf auch mit dem ehemaligen sowjetischen Staatsparteiintendanten Michail Gorbatschow zu einem Gespräch zusammen. (Siehe Seite 2.)

## FDP und Grüne uneins über Soli-Abschaffung bis 2021

Widerspruch am Tag nach Jamaika-Sondierung / Wirtschaft lobt Plan für Steuersenkung

L./mas. BERLIN, 25. Oktober. Nach der ersten Runde der Jamaika-Sondierungen haben FDP und Grüne gegensätzliche Deutungen ihrer Vereinbarung verbreitet. Die Unterhändler beider Parteien hatten mit Repräsentanten von CDU und CSU den Willen fixiert, den ausgeglichenen Bundeshaushalt in den kommenden Jahren zu erhalten und auf Substanzerhöhungen wie die Vermögenssteuer zu verzichten. Außerdem listeten sie eine Reihe von gewünschten Steuerentlastungen auf, die jeweils mindestens einer der beteiligten Parteien ein Anliegen sind: vom Abbau des Solidaritätszuschlags zur Einkommensteuer bis hin zur steuerlichen Förderung der Wärmedämmung. Während anschließend der stellvertretende FDP-Vorsitzende Wolfgang Kubicki angab, man habe sich auf den voll-

ständigen Abbau des Soli-Zuschlags in den nächsten vier Jahren geeinigt, sagte der Verhandlungsbeauftragte der Grünen für Haushalt und Finanzen, Jürgen Trittin, er sei in diesem Punkt pessimistisch; auch das Ziel der „schwarzen Null“ im Bundeshaushalt stelle er unter Vorbehalt. Der FDP-Vorsitzende Christian Lindner bekräftigte gegenüber dieser Zeitung, die Forderung seiner Partei, den Soli für alle abzubauen. Wirtschaftsvertreter reagierten positiv auf die finanzpolitischen Eckpunkte. „Gut ist, dass Entlastungen bei der Einkommensteuer ins Auge gefasst werden und dass der Solidaritätszuschlag auslaufen soll“, sagte der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), Eric Schweitzer. An dem Haushaltsausgleich sollte nach Schweitzers Worten keins-

falls gerüttelt werden. Der Handelsverband Deutschland mahnte, die hohen Belastungen durch Steuern und Sozialbeiträge in Deutschland hemmten den Konsum. Der Zeitpunkt für Entlastungen sei angesichts der staatlichen Rekordüberschüsse günstig. Grünen-Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckardt verlangte mit Blick auf die nächste Sondierungsrunde, die an diesem Donnerstag stattfindet, von FDP und den Unionspartnern Vorschläge, wie die vereinbarte Senkung der Treibhausgasenergie erreicht werden solle, damit die deutschen Klimaschutzziele für das Jahr 2020 eingehalten werden könnten. Die Grünen wollen das Ende der Kohleverbrennung in Kraftwerken und eine Abschaffung von Verbrennungsmotoren von 2030 an. (Siehe Seite 2 und Wirtschaft, Seite 15.)

## CDU Hamburg fordert umfassende Aufklärung

mawy. HAMBURG, 25. Oktober. Nach dem Mord an einem zwei Jahre alten Kind in Hamburg hat die CDU die Behörden zu einer umfassenden Aufklärung des Falls aufgefordert. Der mutmaßliche Mörder ist der Vater, seit der Tat am Montag abgestraft ist er auf der Flucht. Der Mann ist aus Pakistan, 2011 war er nach Hessen. Anfang 2016 kam nach Hamburg gekommen. Obwohl sein Asylantrag abgelehnt worden war, wurde er nicht abgeschoben. Anfang 2017 hatte er beim Verwaltungsgericht einen Eilantrag auf Abschiebungsschutz gestellt aufgrund seiner familiären Bindung im Land. Im Blick ist auch das Jugendamt, das mit der Familie wegen der Kinder bereits Kontakt hat und dem Gericht auch ein Gutachten vorgelegt hatte.

## Türkisches Gericht ordnet Freilassung Steudtner an

F.A.Z. FRANKFURT, 25. Oktober. Nach mehr als drei Monaten werden der in der Türkei inhaftierte deutsche Menschenrechtler Peter Steudtner und sein schwedischer Kollege Ali Garhavi ohne Auflagen aus der Untersuchungshaft entlassen. „Der Ausreise steht nichts mehr im Wege“, sagte der Anwalt der beiden nach der Gerichtsentscheidung am späten Mittwochabend in Istanbul. Der Prozess gegen Steudtner und Garhavi hatte am Mittwoch begonnen; ihnen wird die Mitgliedschaft in einer Terrororganisation oder die Unterstützung einer solchen Organisation zur Last gelegt. Steudtner hatte zum Prozessauftakt alle Vorwürfe zurückgewiesen: „Ich plädiere auf unschuldig.“ (Siehe Seiten 5 und 8.)

## Mitarbeitern von Air Berlin droht Kündigung

F.A.Z. BERLIN, 25. Oktober. Mitarbeitern der insolventen Fluggesellschaft Air Berlin droht die Kündigung. Die geplante große Auffanggesellschaft für bis zu 4000 Beschäftigte wird es wohl nicht geben. Air Berlin und das Land Berlin arbeiten an einer Transfergesellschaft für die 1200 Mitarbeiter der Bodendienste und der Verwaltung. Berlin könnte nach eigenen Angaben bis zu zehn Millionen Euro besteuern. Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen sagte nach einem Treffen mit Vertretern von Nordrhein-Westfalen, Bayern und dem Bund, man habe sich nicht auf eine Lösung verständigen können. Bayern habe kein Geld geben wollen, Nordrhein-Westfalen und der Bund nur in geringem Umfang. (Siehe Wirtschaft, Seite 18.)

## Ohne Illusionen

Von Reinhard Vesper

Die Binsenweisheit, dass es besser sei, miteinander zu reden, als nicht miteinander zu reden, gilt natürlich auch für das Verhältnis zwischen Deutschland und Russland. Aber Dialog allein ist noch keine Politik – und er muss auch nicht unbedingt Nutzen bringen, ja er kann sogar schaden, wenn er auf den falschen Voraussetzungen beruht. In der deutschen Russland-Politik indes war viel zu lange die Vorstellung weit verbreitet, man müsse nur mehr mit Moskau reden, dann werde schon alles wieder gut oder doch wenigstens etwas besser. In seiner Zeit als Außenminister hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier oft genug selbst eine derartige Rhetorik gepflegt – obwohl er sich seit Beginn des Konflikts in der Ukraine so oft mit dem russischen Außenminister Lawrow getroffen hat, dass die Verschärfung der Beziehungen sicher nicht am fehlenden Austausch liegen konnte.

Bei seinem ersten Moskau-Besuch im neuen Amt hat Steinmeier die Prioritäten richtig gesetzt, indem er einem Besuch bei der Menschenrechtsorganisation „Memorial“ breiten Raum gege-

ben hat. Der Umgang der russischen Behörden mit „Memorial“ ist eines der vielen Beispiele dafür, dass der Konflikt zwischen dem Westen und der russischen Führung nicht nur, nicht einmal in erster Linie ein schöner Interessenkonflikt um Energie und Einfluss, sondern ein Wertekonflikt ist. „Memorial“ wird von der Justiz unter Druck gesetzt, weil die Organisation die Verbrechen der kommunistischen Diktatur aufarbeiten will und sich damit in Widerspruch zum gegenwärtigen Regime setzt, von dem die Täter vorerst im Namen eines imperialen Patriotismus rehabilitiert und zum Teil gar glorifiziert werden. Die Opfer, unter denen übrigens die Russen selbst die größte Gruppe bilden, dürfen in der offiziellen russischen Geschichtsschreibung nur am Rande vorkommen.

Daher gilt, um es mit Steinmeiers Worten zu sagen: Man muss dem russischen Präsidenten Wladimir Putin ohne Illusionen gegenüberstehen. Zu den Illusionen gehört jedoch auch die Vorstellung, die trennenden Konflikte ließen sich in absehbarer Zeit lösen. Man muss Putin stets deutlich machen, dass der Westen nicht vergessen und beiseiteschieben wird, was in der Ukraine geschehen ist. Auf dieser Grundlage ist der Dialog sinnvoll.

## Keine Experimente in der Grundschule

Von Heike Schmolz

Lange Zeit galt die Grundschule als geradezu sakrosankt. Bildungsforscher und Politiker waren übereingekommen, sie noch am besten mit den ganz unterschiedlichen Schülern und Leistungsständen zurechtzukommen. Manche Kinder in der ersten Klasse können kaum einen Stift halten, andere lesen schon flüssig. Manche haben einen großen Wortschatz, andere haben noch mit der Verständigung, weil sie zu Hause eine andere Sprache sprechen. Hinzu kommen Kinder mit Behinderungen, Kinder aus gerade eingewanderten Familien. Es gibt also neben den schon immer vorhandenen Unterschieden eine politisch gewollte und verstärkte Heterogenität. Und nun sollen die Lehrer die Heterogenität auch noch als Gewinn verstehen, obwohl sie täglich mit so viel Anstrengung, Misserfolgs-erlebnissen für sie verbunden ist?

Dass sie an den Grundschulen zu einem nahezu unüberwindlichen Problem geworden ist und erst recht nicht werden wird, hat der aktuelle Bildungstrend des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungsbereich gezeigt. Seine Ergebnisse sind niederschmetternd. Denn viel zu viele Schüler verlassen die Grundschule mit nur rudimentären Mathematikkenntnissen, können weder korrekt schreiben noch so gut zuhören, dass sie zum Wechsel in eine weiterführende Schule wirklich in der Lage wären. Und auch die Lesefähigkeiten sind verbesserungswürdig und haben sich in vielen Ländern verschlechtert. Dabei waren die neu hinzugekommenen Flüchtlingskinder, die größtenteils in der Grundschule ankommen, noch nicht einmal am Test beteiligt. Das heißt, dass der nächste Bildungstrend mit hoher Sicherheit noch ungünstiger ausfallen wird.

Ausgerechnet in Berlin, das sich noch immer eine sechsjährige Grundschule leistet, sind die Ergebnisse ähnlich wie in Bremen besonders schlecht. Dabei hätte jeder, der jemals eine Klasse für jahrgangübergreifendes Lernen von der ersten bis zur dritten Klasse beobachtet hat, schon längst verstehen können, dass es selbst bei einem Lehrer und einer Erzieherin in der Lerngruppe Grenzen der Heterogenität gibt. Gerade in solchen Klassen bleibt den Lehrern oft nichts anderes übrig, als Schüler mit Arbeitsblättern zum Lernen und Üben anzuhäufeln. Das heißt aber, dass ausgerechnet das Sprachtraining im Unterrichtsgespräch viel zu kurz kommt. Korrigiert wird kaum, und solange die Schüler sich aussuchen dürfen, woran sie gerade arbeiten wollen, werden sie üben, was sie schon können, und ihre Schwachstellen meiden. Solch ein Unterricht ist mehr Aufbahrung als sinnvolles Lernen. Seit Jahrzehnten ist die Grundschule das pädagogische Experimentier-

feld schlechthin. Das begann schon in den siebziger Jahren mit der unseligen Mengenlehre, in der noch am besten die Einschulung fünf bis sieben Jahre alter Kinder, die Abschaffung der Ziffernoten in den ersten drei Klassen, das Schreiben nach Gehör und der ausgemachte Unsinn von Fächerverbänden, den auch Baden-Württemberg eingeführt hat. Fächerübergreifendes Lernen ist – wenn überhaupt – nur dann sinnvoll, wenn die Basis im Fach stimmt. Der Grundwortschatz wurde reduziert, und in vielen Ländern sank die Gesamtzahl der Unterrichtsstunden. Viel hilft zwar nicht viel, aber offenbar nutzt bayerische Grundschullehrer die zusätzlichen Unterrichtsstunden für geliebtes Üben. Für manche Schüler aus bildungsfernen

Der Unterricht wird anspruchsvoller und die Lehrer werden besser ausgebildet sein müssen.

Schichten sind die Sommerferien einfach zu lang. Viele von ihnen können ohnehin nicht wegfahren, für sie gilt es zusätzliche Angebote während der Sommerferien zu schaffen, damit nicht alles Gelernte in Vergessenheit gerät.

Hinzu kommt die unzureichende Lehrerfortbildung. In nicht den wenigsten Ländern können sich Lehrer ihre gesamte Laufbahn lang erfolgreich um eine Fortbildung drücken. Oder die Fortbildungsangebote dienen eher der Selbstverwirklichung. Mancherorts gehörten Seidenmalerei und Fahr-sicherheitstraining dazu. Solange Fortbildungen nicht anspruchsvoll und verpflichtend sind und ein Schulleiter nicht kollegial zu der Möglichkeit hat, einen Kollegen zu einer bestimmten Fortbildung zu schicken, haben sie nicht mehr als eine Abluftfunktion. Auch bei noch so guter Fortbildung wird es aber Grenzen für den Umgang mit der immer unterschiedlicheren Schülerschaft geben. Erfahrene Grundschullehrer berichten, dass junge Kollegen, die gerade die Ausbildung beendet haben, dazu neigen, möglichst viele Höhepunkte im Unterricht zu bieten, das heißt Üben aber nicht konsequent genug verfolgen.

Auch wenn jedes Land andere Wege bei der Analyse und Mängelbehebung gehen muss, sollte der jüngste Bildungstrend Anlass genug sein, alles vorurteilsfrei auf den Prüfstand zu stellen. Die Grundschule muss den Leistungsgedanken wiederentdecken und sich ihrer Verantwortung für die Bildungsbiographie der Schüler bewusst werden. Der Unterricht wird also anspruchsvoller und die Lehrer werden besser ausgebildet sein müssen. Doch wer wird inzwischen noch Grundschullehrer? Und wer will schon die Schulleitung übernehmen?